Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5120**

17. Wahlperiode 18. 03. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 23. März 2011

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Barchmann, Heinz-Joachim (SPD)	7, 8
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	58, 70
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	68, 74
Duin, Garrelt (SPD)	3
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	46
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62
Göring-Eckardt, Katrin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	63
Grund, Manfred (CDU/CSU)	28, 69
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	21, 22
Hagemann, Klaus (SPD)	59, 85
Herzog, Gustav (SPD)	24, 25
Dr. Högl, Eva (SPD)	77, 78
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 47
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	83, 84
Hönlinger, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	2, 65
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 23
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	71, 72
Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	19, 20
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Lemme, Steffen-Claudio (SPD)	33, 73
Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 75
Röspel, René (SPD)	60, 79
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Schwartze, Stefan (SPD)	9, 10
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	13, 76
Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.)	52, 53

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung die rechtliche Prüfung der Ausfuhrbeschränkung des Anästhesiemittels „Thiopental“ abgeschlossen, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu einer etwaigen Ausfuhrbeschränkung von „Thiopental“ in die USA ein?*)

2. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Inwiefern gab es infolge der atomaren Katastrophe in Japan in der Bundesregierung Diskussionen über einen möglichen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Atomgemeinschaft bzw. einer Auflösung, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über ähnliche Diskussionen oder Initiativen in den Mitgliedstaaten der EU und in der EU (zeitlich unabhängig von der Katastrophe in Japan)?

3. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

In welchem Umfang wird die Bundesregierung – wie in einer entsprechenden Publikation angekündigt – die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) bis 2013 weiter aufstocken, und wie erklärt sich vor diesem Hintergrund der Widerspruch zu den Aussagen im Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2012 und zum Finanzplan 2011 bis 2015, dass bei den klassischen Ausgabeschwerpunkten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, wie der Stärkung der kleinen und mittelständischen Betriebe und der Förderung von neuen Technologien und Innovationen, die bisherige Finanzplanlinie lediglich fortgeschrieben wird?

4. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele der 24 Trassen des vordringlichen Bedarfs nach § 1 Absatz 1 des Energieleitungsausbaugesetzes sind in erster Linie aufgrund der mangelnden Akzeptanz in der Bevölkerung verzögert?

5. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was tut die Bundesregierung, um den Ausbau der Verteilnetze voranzubringen, deren Engpässe aktuell die Hauptursache für die Abregelung von erneuerbaren Energieanlagen sind?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 23.

6. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche im Energiekonzept der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen sind schon per Gesetz oder Verordnung umgesetzt worden, und welche Maßnahmen sollen in der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes umgesetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

7. Abgeordneter **Heinz-Joachim Barchmann** (SPD)

In welcher Form werden die Instrumente und Programme des Bundes, die zur Überwindung von migrationsspezifischen Hindernissen bei der Integration in Ausbildung, Arbeit oder Selbständigkeit dienen, von Einsparungen im Bundeshaushalt und bei der Bundesagentur für Arbeit aktuell und mittelfristig betroffen sein?

8. Abgeordneter **Heinz-Joachim Barchmann** (SPD)

Welche inhaltlichen Veränderungen bei den Instrumenten und Programmen des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch mit migrationsspezifischen Anteilen bzw. der Instrumente und Programme an denen Personen mit Migrationshintergrund besonders partizipieren, sind angesichts der von der Bundesregierung geplanten Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente derzeit geplant?

9. Abgeordneter **Stefan Schwartze** (SPD)

Sind Vertreter von Bundesministerien außer dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales an der Erstellung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligt, und wenn ja, welcher?

10. Abgeordneter **Stefan Schwartze** (SPD)

Ist beabsichtigt, die Vorschläge der Behindertenselbsthilfe aus den Kongressen „Mit Dir zum Wir“ im Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen aufzugreifen, und wird die Bundesregierung das Votum der Mehrheit der Teilnehmer für ein Gesetz zur sozialen Teilhabe beachten?

11. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche inhaltlichen Punkte zu Fragen der Umsetzung der Komplexleistung Frühförderung wurden bei der ersten Analyse der Fachreferate im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und im Bundesministerium für Gesundheit mit Vertretern von Leistungserbringern und Leistungsträgern auf Bundesebene sowie einer Vertreterin des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen am 16. November 2010 besprochen, und warum haben entgegen der Verlautbarungen der Bundesregierung (Mündliche Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 17/3947) im Jahr 2011 noch keine Bund-Länder-Gespräche zur Abstimmung des weiteren Vorgehens stattgefunden?

12. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann ist nach Ansicht der Bundesregierung mit aussagekräftigen Ergebnissen darüber zu rechnen, ob das aus dem Juni 2009 datierende gemeinsame Rundschreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie des Bundesministeriums für Gesundheit an die Spitzenverbände der zuständigen Rehabilitationsträger die Probleme bei der Umsetzung der Komplexleistung Frühförderung beseitigt hat?

13. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche Bundesbehörden betrifft die Kritik der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, und des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, dass schwerbehinderte Menschen in Bewerbungsverfahren, zum Beispiel durch Nichteinladung zu Vorstellungsgesprächen, benachteiligt werden (siehe deren Pressemitteilung vom 17. März 2011)?

14. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie viele der Mittel der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sind 2005 bis 2011 absolut und relativ bereits gebunden gewesen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

15. Abgeordnete **Kerstin Tack** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die im Rahmen des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches sowie anderer Vorschriften angekündigte Rechtsverordnung für die Eigenkontrollen der Lebens- und Futtermittelunternehmen vorlegen?

16. Abgeordnete **Kerstin Tack** (SPD)

Wann ist mit der Verordnung über die Zulassung von Futtermittelunternehmen zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

17. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach welchen Kriterien, bezugnehmend auf meine Mündlichen Fragen auf Bundestagsdrucksache 17/4812 und 17/5015 (vgl. Plenarprotokoll 17/92 und 17/95), wählen Bundeswehr-Scharfschützen in Afghanistan Zielpersonen aus, die sie aus dem Hinterhalt nach oft langem getarnten Warten aus mehreren hundert Metern Entfernung militärisch bekämpfen, also töten, auch wenn diese nicht „unmittelbar an Feindseligkeiten beteiligt“ sind, sondern sich auf Wegen oder Feldern bewegen und nichtsahnend ungedeckt ins freie Schussfeld treten, und wenn somit eine vom Scharfschützen nur durchs Fernglas aktuell beobachtete unmittelbare Beteiligung der einzelnen Personen an Feindseligkeiten als Auswahlkriterium faktisch entfällt, nach welchen sonstigen Kriterien, Fotos, Beschreibungen o. Ä. erkennen die Scharfschützen „ihre Zielperson“ sonst und schließen versehentlichen tödlichen militärischen Einsatz gegen nicht unmittelbar an Feindseligkeiten beteiligte also unbeteiligte, harmlose Zivilpersonen wirkungsvoll aus?

18. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Treffen Medienberichte zu, wonach der ehemalige Bundesminister der Verteidigung oder andere Vertreter der Bundesregierung bei den jüngsten Verhandlungen mit dem EADS-Unternehmen über die Lieferung von EADS-Transportmaschinen Vorteile für das Unternehmen von insgesamt 1,75 Mrd. Euro „herausgehandelt“ hat bestehend aus 398 Mio. Euro

Verzicht auf Vertragsstrafen, Verzicht auf sieben Maschinen bei gleichem Preis (ca. 1 Mrd. Euro), 500 Mio. Euro Kredit (von der Bundesregierung an EADS) und 346 Mio. Euro Preiserhöhung für EADS (trotz verspäteter Lieferung, weil EADS inzwischen die Preise angehoben hat) so ARD-Magazin „FAKT“ vom Januar 2011 (www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=6272182), und wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Ausgabe in Höhe von 1,75 Mrd. Euro (500-Mio.-Euro-Kredit nicht mitgerechnet)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

19. Abgeordnete **Daniela Kolbe (Leipzig)** (SPD)

Wie bewertet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die im Zusammenhang mit Förderprogrammen des BMFSFJ und des Bundesministeriums des Innern gegen „Extremismus“ abgegebenen kritischen Erklärungen zur geforderten sogenannten Demokratieerklärung vieler Träger, und gibt es Weisungen, Überlegungen und/oder Aussagen seitens der Bundesministerien, Antragsteller, die eine solche kritische Erklärung abgeben, im Förderverfahren anders bzw. schlechter zu behandeln?

20. Abgeordnete **Daniela Kolbe (Leipzig)** (SPD)

Wem obliegt im Rahmen der Lokalen Aktionspläne die letztendliche Entscheidung über die Förderung von beantragten Projekten, dem für den Lokalen Aktionsplan verantwortlichen Landkreis oder dem BMFSFJ als Initiator des Förderprogramms, und gibt es Überlegungen seitens des BMFSFJ im Rahmen der Lokalen Aktionspläne getroffene Förderentscheidungen aufzuheben, wenn geförderte Projektträger eine Zusatzerklärung entsprechend der vorhergehenden Frage abgegeben haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

21. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Welche Position hat die Bundesregierung zur Verabschiedung einer neuen EU-Richtlinie, mit der Erstattungsansprüche von gesetzlich Krankenversicherten bei der Behandlung innerhalb der Mitgliedsländer einheitlich geregelt werden sollen, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Weiterentwicklung der europäischen Krankenversicherungskarte (travel tribune Nr. 7/11 vom 17. Februar 2011, S. 13)?

22. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung zu sinkenden Zahlen ambulanter Vorsorgemaßnahmen in Kurorten in Deutschland in den vergangenen Jahren zugunsten kurörtlicher Maßnahmen im Ausland, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung der Gefährdung der Arbeitsplätze und der medizinischen und pflegerischen Leistungsfähigkeit der inländischen Kureinrichtungen entgegentreten?

23. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang wurde das Anästhesiemittel „Thiopental“ in die USA geliefert, und wird das Mittel weiterhin – entgegen der verlautbarten Selbstverpflichtung der produzierenden Unternehmen – exportiert?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

24. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung das bereits auf dem Elbschifffahrtstag in Wittenberge im November 2010 angekündigte Elbekonzept vorlegen?

25. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung das auf dem Elbschifffahrtstag 2010 in Wittenberge erneut bekräftigte und mit den internationalen Verpflichtungen in Einklang stehende Unterhaltungsziel mit der von der Bundesregierung neu vorgestellten Katego-

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

risierung der Bundeswasserstraßen, die die Elbe lediglich als Nebennetz einstuft und somit von jeglichen Ausbaumaßnahmen ausschließt?

26. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die höhere Dividende der Deutschen Bahn AG zweckgebunden für die Schieneninfrastruktur und nicht für die Sanierung des Haushalts eingesetzt wird, und welche Zweckbindung sieht die Bundesregierung für die 500 Mio. Euro Dividende vor, die nicht in die Schieneninfrastruktur zurückfließen sollen?

27. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche bundesrechtlichen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Öffentlichkeit frühzeitig, d. h. in den Planungsschritten vor dem Genehmigungsverfahren, wie Linienbestimmungsverfahren, Raumordnungsverfahren etc., angemessen zu beteiligen, und wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, in diesen Planungsschritten bereits gerichtliche Überprüfungsmittel für Bürgerinnen und Bürger sowie Nichtregierungsorganisationen vorzusehen?

28. Abgeordneter **Manfred Grund** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über angeblich von der Deutschen Lufthansa AG durchgeführte Flüge aus Tokio bzw. anderen japanischen Flughäfen, bei denen laut Fernsehberichten nur Tickets der Business Class zu stark überhöhten Preisen (bis zu 7 000 Euro) angeboten werden und dabei in Kauf genommen wird, die Maschinen auch halbleer nach Deutschland fliegen zu lassen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

29. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Überprüfung des Sicherheitssystems des Atomkraftwerks (AKW) Krümmel angesichts der aktuellen Ereignisse in japanischen Atomkraftwerken aussehen, und wie wird mit Schwachstellen umgegangen, bzw. in welchem Umfang könnten Nachbesserungen vorgenommen werden?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 69.

30. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung absehen, bis wann die Sicherheitsüberprüfung des AKW Krümmel im Rahmen des Moratoriums abgeschlossen sein wird, und in welchem Rahmen und Umfang wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit über die gewonnenen Erkenntnisse informieren?

31. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der Geschehnisse im Reaktor Fukushima, die getroffenen Sicherheitsvorkehrungen für das in Krümmel ebenfalls bestehende Zwischenlager?

32. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung, dass der Siedewasserrekator Krümmel, der gleichen Bautyps ist wie der in Fukushima, im Falle eines Ausfallens der Notstromgeneratoren im Gegensatz zur Anlage in Fukushima nicht einen sechs-, sondern lediglich einen zweistündigen Batterienotstrombetrieb sicherstellen kann (Bergedorfer Zeitung, 15. März 2011)?

33. Abgeordneter **Steffen-Claudio Lemme** (SPD)

Plant die Bundesregierung die jüngsten Kürzungen für die deutsche Solarwirtschaft vor dem Hintergrund ihrer Kehrtwende in der Atompolitik in der letzten Woche zurücknehmen?

34. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass durch die von der schwarz-gelben Bundesregierung geschaffene Rechtslage, wonach die Laufzeiten der älteren Atomkraftwerke (AKW) um acht Jahre, die der jüngeren AKW um zwölf Jahre verlängert wurde, und durch die Möglichkeit der Laufzeitübertragung die Möglichkeit besteht, die AKW über 2050 hinaus zu betreiben?

35. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An genau welchen Punkten unterscheiden sich die Sicherheitsmerkmale, die zur Einstellung des Betriebes der ältesten AKW führen, von der Sicherheit der weiterlaufenden AKW?

36. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchen deutschen Atomkraftwerken ist die Abtrennung von Anlagenteilen mit hohem Gefährdungspotential (Brandlast) von sicherheitsrelevanten Anlagenteilen oder Raumbereichen nicht vollständig gegeben, und in welchen der älteren Atomkraftwerke sind teilweise noch brennbare PVC-Kabel innerhalb des Sicherheitsbehälters vorhanden?

37. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Anlagen- oder Gefahrenaspekte haben nach Kenntnis der Bundesregierung zu der Einschätzung geführt, dass die beiden Reaktoren Neckarwestheim 1 und Isar 1 endgültig stillgelegt werden sollen, und wieso werden nach Kenntnis der Bundesregierung dieselben Anlagen- oder Gefahrenaspekte nicht auch bei den zu Neckarwestheim 1 und Isar 1 baugleichen Atomkraftwerken Biblis A und B und Unterweser (Reaktorbaulinie DWR-2) bzw. Brunsbüttel und Philippsburg 1 (Reaktorbaulinie SWR-69) zur Anwendung gebracht?

38. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie unterscheiden sich die nun angekündigten Sicherheitsüberprüfungen der deutschen Atomkraftwerke von den bisherigen, und worin unterscheiden sich bei den anstehenden Sicherheitsüberprüfungen für Flugzeugabstürze die Untersuchungsstandards von denjenigen vorangegangener Sicherheitsuntersuchungen?

39. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geht die Bundesregierung davon aus, dass sie für die Anordnung der Einstellung des Betriebes Entschädigungszahlungen an die Betreiber wird zahlen müssen, und wenn nein, warum nicht?

40. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Rechtsprüfung hat stattgefunden, auf deren Basis die Bundesregierung annimmt, dass die Einstellung des Betriebs nach § 19 des Atomgesetzes möglich ist, wenn bekannt ist, dass ein Atomkraftwerk (AKW) nicht dem gesetzlichen Sicherheitsstandard entspricht oder wenn Gefahr für Leben und Gesundheit befürchtet wird, und welche dieser beiden Begründungen war die entscheidende für die Abschaltung von Neckarwestheim 1 und Isar 1?

41. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werden die nicht abgerufenen Laufzeiten der stillgelegten AKW auf neuere AKW übertragen, und wenn ja, nach welchem Modus?

42. Abgeordnete **Dorothea Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe gegenüber welchem Betreiber wird die Bundesrepublik Deutschland oder einzelne Bundesländer für die einstweilige Einstellung des Betriebs der AKW eine Entschädigung zu leisten haben?

43. Abgeordnete **Dorothea Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass der Betreiber des stillgelegten Atomkraftwerks (AKW) Neckarwestheim 1 berechtigt ist, die ihm für diese Anlage von der schwarz-gelben Bundesregierung zugestandene zusätzliche Laufzeit von acht Jahren ohne Genehmigung durch die Atomaufsicht auf jüngere Anlagen zu übertragen, und trifft dies analog für alle weiteren Fälle zu, in denen AKW, die vor 1980 fertig gestellt wurden, vor dem Ende ihrer regulären Betriebszeit endgültig stillgelegt werden?

44. Abgeordneter **Dr. Hermann Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung, dass die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der Regierungserklärung vom 17. März 2011 die Erforderlichkeit der Atomenergie für den Klimaschutz betonte gegenüber den Angaben des Umweltbundesamtes (ebenfalls vom 17. März 2011), Deutschland könne sofort und ohne Stromlücken auf neun Atomkraftwerke verzichten und dass bis 2017 ein vollständiger Ausstieg ohne den Neubau von Kohlekraftwerken möglich sei?

45. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie lange können an den einzelnen Atomkraftwerksblöcken Batterien die Notstromversorgung alleine aufrechterhalten, falls die übrige Stromversorgung ausgefallen ist?

46. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die – laut einem Bericht der Sendung „Kontraste“ vom 17. März 2011 – in einem Papier des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit festgelegten Anforderungen für den Weiterbetrieb inländischer Atomkraftwerke hinsichtlich der Sicherheit

gegen Stromausfälle, Hochwasser, Erdbeben und Flugzeugabstürze, und ist die Bundesregierung bereit, diese Anforderungen in vollem Maße unverzüglich umzusetzen?

47. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer innerhalb der Bundesregierung redet federführend mit den Atomkraftwerksbetreibern über die dreimonatige Stilllegung der Reaktoren, und geht die Bundesregierung davon aus, dass die entsprechenden Stromkonzerne laut Förderfondsvertrag in den nächsten drei Monaten zum 10. Bankarbeitstag jeweils die volle Höhe der vereinbarten Summe in den Förderfonds einzahlt?

48. Abgeordnete **Ingrid Hönlinger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche sicherheitsrelevanten Tatsachen und welche Veränderung des Sicherheitsniveaus an welchen Punkten nimmt die Bundesregierung an, die die Voraussetzungen des § 19 Absatz 3 des Atomgesetzes begründen?

49. Abgeordnete **Ingrid Hönlinger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchem Schadenersatzrisiko (aufgeschlüsselt nach Wahrscheinlichkeit, Höhe und Anspruchsteller) rechnet die Bundesregierung angesichts des Umstandes, dass die Atomkonzerne EnBW, E.ON und RWE angekündigt haben, die vorübergehende Stilllegung ihrer Atomkraftwerke juristisch überprüfen zu lassen?

50. Abgeordnete **Sabine Stüber** (DIE LINKE.)

Hatte die Bundesregierung bereits vor dem Reaktorunglück in Japan Kenntnis von dem laut einem Bericht der Sendung „Kontraste“ vom 17. März 2011 im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erstellten Papier, in dem deutlich erhöhte Anforderungen für den Weiterbetrieb inländischer Atomkraftwerke hinsichtlich der Sicherheit gegen Stromausfälle, Hochwasser, Erdbeben und Flugzeugabstürze festgelegt sind, und wenn ja, warum ist dieses Papier nicht unverzüglich umgesetzt worden?

51. Abgeordnete **Sabine Stüber** (DIE LINKE.)

Welche Rolle hat das Papier des BMU zur Verschärfung von Sicherheitsnormen bei deutschen Atomkraftwerken, über das das Fernsehmagazin „Kontraste“ am 17. März 2011 berichtete, bei der Entscheidung der Bundesregierung über die dreimonatige Stilllegung der sieben ältesten Atomkraftwer-

ke gemäß § 19 Absatz 3 des Atomgesetzes gespielt, und wird es als Basis für die anstehenden Sicherheitsüberprüfungen der deutschen Atomkraftwerke dienen?

52. Abgeordnete **Kathrin Senger-Schäfer** (DIE LINKE.)

Welche Studien liegen der Bundesregierung vor, die einen Zusammenhang radioaktiver Strahlung sowohl wegen der Atomkatastrophe in Tschernobyl wie auch wegen in Deutschland vorhandener Atomkraftwerke bzw. Atomlager mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu Krebs nahelegen oder nachweisen (bitte alle Studien benennen)?

53. Abgeordnete **Kathrin Senger-Schäfer** (DIE LINKE.)

Aufgrund welcher wissenschaftlicher Expertisen werden Grenzwerte für Strahlungen aus Atomkraftwerken festgelegt, und liegen prospektive wissenschaftliche Langzeitstudien dazu vor, dass bei Strahlenbelastungen unterhalb dieser Grenzwerte gesundheitliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können (bitte Studien benennen)?

54. Abgeordneter **Harald Weinberg** (DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung neben der dreimonatigen Unterbrechung der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke in Deutschland, Studien zur gesundheitlichen Situation von Anwohnern von Kernkraftwerken bezüglich möglicher erhöhter Strahlenwerte und deren Auswirkungen in Auftrag zu geben?

55. Abgeordneter **Harald Weinberg** (DIE LINKE.)

Welche präventiven Maßnahmen ergreift die Bundesregierung angesichts der Erfahrung einer Atomkatastrophe in Japan im deutschen Gesundheitssystem (z. B. Bevorratung von Jod-Tabletten, Lebensmitteln und Wasser) für den Fall einer Atomkatastrophe in Deutschland oder einem europäischen Nachbarland, und sind Weiterbildungsmaßnahmen für das Personal in Krankenhäusern und bei niedergelassenen Ärzten vorgesehen?

56. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werden nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Untersuchung von Bedrohungsszenarien durch Panzerabwehrlenkwaffen auch neuere Waffentypen in die Szenarien einbezogen, die in den letzten Jahren produziert wurden, und falls ja, werden auch Waffentypen einbezogen, die sich in der Entwicklungspipeline der Hersteller befinden?

57. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchen deutschen Atomkraftwerken werden MOX-Brennelemente eingesetzt, und in welchen wurden in der Vergangenheit MOX-Brennelemente eingesetzt?

58. Abgeordnete **Dr. Martina Bunge** (DIE LINKE.)

Welche präventiven Maßnahmen empfiehlt die Bundesregierung der Bevölkerung angesichts der Erfahrung einer Atomkatastrophe in Japan, um im Falle einer atomaren Katastrophe Gesundheitsschäden zu vermeiden, und wie wird über solche Maßnahmen informiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

59. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Welche konkreten Verbesserungen beim Management von „Fusion for Energie“ konnte die Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf die von ihr kritisierte „intransparente Ausschreibungspraxis“ von „Fusion for Energie“ (Ausschussdrucksache 17(8)1932) zwischenzeitlich aufgrund ihrer Vorschläge beim europäischen Wettbewerbsfähigkeitsrat vom 26. November 2010 erreichen, und wie haben sich die Auftragsvolumina an deutsche Unternehmen, die sich demnach auf „lediglich ca. 28 Millionen Euro“ bei einem „Gesamtvolumen von 1,3 Milliarden Euro“ beliefen, mittlerweile entwickelt?

60. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Welche Kosten erwartet die Bundesregierung für die Umsetzung des Konzepts des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für ein „Haus der Zukunft“, und welche Kosten sind für das Projekt bisher enstanden?

61. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche steuernde, koordinierende, beratende und kontrollierende Funktion nimmt die Bundesregierung bei der Erarbeitung und Einführung eines neuen Verfahrens für die Hochschulzulassung derzeit wahr, und welche aktive Rolle will sie vor dem Hintergrund des Fachgesprächs im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages am 16. März 2011 übernehmen, um weitere Verzögerungen beim Starttermin des Systems und fortgesetztes Durcheinander bei der Hochschulzulassung zu verhindern?

62. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den zentralen Ergebnissen des 11. Studierendensurveys insbesondere im Hinblick auf die beabsichtigten Korrekturen der Bologna-Reform (Studierbarkeit verbessern und Mobilitätsfenster integrieren, individuelle Studienverläufe sichern, breite wissenschaftliche Qualifizierung sichern, Master-Zugang flexibilisieren, Transparenz des gestuften Studiensystems erhöhen, Studierbarkeit in Akkreditierung prüfen, Kompetenz benennen, Prüfungsleistungen reduzieren, Anerkennung verbessern, Arbeitsbelastung flexibilisieren), und wie bewertet sie den Stand der Umsetzung des Kultusmininisterkonferenz-Beschlusses zur Änderung der Ländergemeinsamen Strukturvorgaben vom Dezember 2009?

63. Abgeordnete **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung zukünftig die Beteiligung und Mitbestimmung der Studierenden sowie der Lehrenden – etwa in Form einer Vertreterin oder eines Vertreters des freien zusammenschlusses von student/innenschaften e. V. bzw. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – beim Aufbau und Struktur der geplanten Akademie bzw. des geplanten Forums für Studium und Lehre sicherstellen, und warum ist dies bisher nicht erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

64. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht der genaue Zeitplan der Bundesregierung für die Untersuchung der Korruptionsvorfälle im Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria aus, und wie soll die Sonderprüfung konkret gestaltet werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

65. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die vom afghanischen Präsidenten Hamid Karsai geäußerte Kritik daran, dass Zivilisten bei Bombardierungen der internationalen Truppen zu Tode gekommen sind, und seine Forderung nach einem Abzug der NATO aus Afghanistan (Tagesschau vom 12. März 2011),

und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung von Hamid Karsai für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan?

66. Abgeordnete **Katrin Göring-Eckardt** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung Kundgebungen und Aufrufe wie zum Beispiel die von Aktivisten des „Bremer Friedensforums (Arbeitsgruppe Nahost)“, dem „Arbeitskreis Süd-Nord Bremen“ und der Initiative „Nordbremer Bürger gegen den Krieg“ am 11. März 2011 in Bremen durchgeführte Aktion, die den Boykott aus Israel importierter Waren zum Inhalt hatte, und die Folgen derartiger Aufrufe und Aktionen für den deutsch-israelischen Dialog (vgl. www.dielinke-bremen.de/nc/politik/aktuell/detail/zurueck/bremennews/artikel/boykottaktion-in-der-wachmannstrasse/, aufgerufen am 16. März 2011, 14.30 Uhr)?

67. Abgeordnete **Katrin Göring-Eckardt** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über ähnliche Aktionen, Kundgebungen oder Boykottaufrufe in den vergangenen zwölf Monaten, und von welchen Personen, Parteien, Verbänden, Initiativen oder Vereinigungen wurden diese initiiert?

68. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Verhaftung der zyprischen Europaabgeordneten Eleni Theocharous, der polnischen Europaabgeordneten Jaroslaw Walesa und Artur Zasada, der bulgarischen Abgeordneten Mariya Nedelcheva, des Bischofs von Neapolis Porfyrios, der früheren Europaabgeordneten Yiannakis Matsis sowie der Vertreter der Flüchtlinge aus Famagusta Loizos Afxentiou und zwei weiterer Personen am 12. März 2011 durch Besatzungsbehörden im türkisch besetzten Teil Zyperns völkerrechtswidrig war, und inwieweit ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Türkei dafür zwar nicht tatsächlich verantwortlich sei, aber dieser Akt grundsätzlich in die Hoheitsgewalt der Türkei fällt, auch wenn er außerhalb türkischen Hoheitsgebiets gesetzt wurde, weil die Verantwortlichkeit als Folge der militärischen Besetzung des nördlichen Teils Zyperns entsteht, in deren Folge die Türkei die effektive Kontrolle über ein fremdes Gebiet ausübt?

69. Abgeordneter **Manfred Grund** (CDU/CSU)

Inwieweit plant die Bundesregierung Flugzeuge einzusetzen, um deutsche Staatsangehörige aus Japan nach Deutschland zu fliegen?*)

70. Abgeordnete **Dr. Martina Bunge** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen und Hilfen leistet die Bundesregierung für die Opfer der Atomkatastrophe von Tschernobyl, und welche Hilfen für die Opfer der Atomkatastrophe von Japan sind bisher geplant?

71. Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)

Warum hat sich Deutschland bei der Abstimmung über die Resolution zur Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen enthalten, während alle unsere westlichen Partner diese Maßnahme gegen den Diktator Muammar Al-Gaddafi befürwortet haben, die auch von der Arabischen Liga gefordert worden war?

72. Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, dass allein die starken Worte des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Guido Westerwelle den Diktator Muammar Al-Gaddafi zur Einhaltung der Menschenrechte bewegen werden und das angekündigte Massaker an der Opposition in Bengasi verhindert hätten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

73. Abgeordneter **Steffen-Claudio Lemme** (SPD)

Wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Erstarkens der rechtsextremen NPD in einem weiteren ostdeutschen Bundesland eine Neuakzentuierung ihrer bisherigen Extremismuspolitik vornehmen?

74. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Inwieweit ist die Verschärfung zu § 8 Absatz 3 neuer Satz 5 des Aufenthaltsgesetzes (Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nur für maximal ein Jahr, solange nicht das Sprachniveau B 1 nachgewiesen wurde) bei türkischen Staatsangehörigen mit dem Verschlechterungsverbot im Assoziationsrecht vereinbar (Artikel 13 des Beschlusses Nr. 1/80 des As-

---

*) Siehe hierzu auch Frage 28.

soziationsrates EWG/Türkei über die Entwicklung der Assoziation), sowohl was das neue Erfordernis eines Sprachnachweises betrifft, als auch die neuen Beschränkungen infolge vermehrter Vorsprachen und damit verbundener erhöhter Kosten für häufigere Verlängerungen der Aufenthaltserlaubnis, und inwieweit hält die Bundesregierung diese Neuregelung überhaupt noch für sinnvoll, wenn sie auf die Hauptbetroffenengruppe gar nicht anwendbar ist?

75. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fallen aus Sicht der Bundesregierung Terrorangriffe unter den Begriff „Restrisiko“?

76. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele Neueinstellungen erfolgten im Jahr 2010 in den obersten Bundesbehörden, und wie viele davon waren schwerbehinderte Frauen und Männer (bitte aufgeschlüsselt nach Bundesbehörden)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

77. Abgeordnete **Dr. Eva Högl** (SPD)

Seit wann ist dem Bundesministerium der Justiz bekannt, dass die USA nach dem SWIFT-Abkommen auch Zugriff auf innereuropäische – und sogar zu einem geringen Anteil auch auf innerdeutsche – Finanztransaktionsdaten über das System Swiftnet Fin haben und nur Daten aus dem SEPA-Überweisungssystem vor dem Zugriff geschützt sind?

78. Abgeordnete **Dr. Eva Högl** (SPD)

Warum hat das Bundesministerium der Justiz in den Verhandlungen zum SWIFT-Abkommen mit den USA nicht darauf gedrungen auch die Daten, die über das System Swiftnet Fin übertragen werden, vor dem Zugriff durch die USA zu schützen?

79. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Ist es nach geltendem Recht – vor dem Hintergrund der Debatte über das so genannte Brüstle-Patent – zulässig, Zellen bzw. Zellprodukte aus abgetriebenen menschlichen Föten zu patentieren, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Sachverhalt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

80. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über von Hochwasser betroffenen Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) vor, und welche Möglichkeiten einer Pachtpreisreduzierung zur Unterstützung der davon betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe sind nach Ansicht der Bundesregierung der BVVG möglich bzw. werden bereits genutzt?

81. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Notwendigkeit von Rückkäufen bereits privatisierter BVVG-Flächen aufgrund der Erwerbsansprüche von Alteigentümern infolge des Zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetzes?

82. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Wirkung hat der mit den Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vertrag für die einstweilige Einstellung des Betriebs von Atomkraftwerken, und folgt aus dem Vertrag eine Entschädigungspflicht gegenüber den Betreibern?

83. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Hält es die Bundesregierung für einen positiven Beitrag zum Umweltschutz, dass die im Kraftfahrzeugsteuergesetz verankerte Malusregelung in Höhe von durchschnittlich 24 Euro pro Jahr, angesichts der rund 5 Millionen Kraftfahrzeuge, die nicht mit einem Partikelminderungssystem ausgestattet sind, zum 31. März 2011 ausläuft?

84. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Welche steuerlichen Ausfälle bei der Einkommensteuer wären zu verzeichnen, wenn im Rahmen einer Steuervereinfachung die 0,03-Prozent-Regelung für die Besteuerung der privaten Nutzung von betrieblichen Kraftfahrzeugen ersatzlos gestrichen würde, gleichzeitig in diesen Fällen aber auch ein Ansatz der Entfernungspauschale für die Wege zur Arbeitsstätte entfiele, und wie ist der Stand bei der Überprüfung der Angemessenheit der Besteuerung des geldwerten Vorteils aus der Privatnutzung betrieblicher Kraftfahrzeuge durch die Bundesregierung?

85. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie hoch waren bzw. in Bezug auf die Aussagen von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München in der öffentlichen Anhörung zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Europäischen Union im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 14. März 2011 jeweils das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und das durchschnittliche Nettoeinkommen pro Kopf im Jahr 2010 in Deutschland und in Irland, die Steuer- und Abgabenlast von Arbeinehmern in 2010 und 2011 in diesen beiden Ländern sowie die Steuer- und Abgabenlast in Irland nach Umsetzung der Sparmaßnahmen, die Grundlage der Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union für Finanzhilfen sind, und inwieweit trifft die Aussage von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn in der Anhörung zu, dass bei einer „geringfügigen Anhebung der Steuer- und Abgabenlast von drei bis vier Prozent in Irland“ diese Finanzhilfe nicht erforderlich wäre?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333